

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Wandelt sich die Stellung der Gewerkschaften? Fortsetzung des Gesprächs aus dem Oktoberheft

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Wandelt sich die Stellung der Gewerkschaften? Fortsetzung des Gesprächs aus dem Oktoberheft, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 11, pp. 681-682

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131809>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Wandelt sich die Stellung der Gewerkschaften?

Fortsetzung des Gesprächs aus dem Oktoberheft

## Interessenpolitik oder Gesamtverantwortung?

In letzter Zeit ist die Forderung nach „Entpolitisierung“ oder „parteilichter Neutralität“ der Gewerkschaften mit dem Wunsche in Zusammenhang gebracht worden, die Gewerkschaften möchten sich auf eine reine Interessenvertretung beschränken. Aber mischen sich denn wirtschaftliche Interessenverbände nicht auch in die Politik? Unterstützen sie etwa nicht einseitig gerade solche Parteien, die bereit sind, für ihre Interessen zu wirken? Wer im letzten Wahlkampf beobachten konnte, wie unterschiedlich die Finanzkraft der großen Parteien war, der muß zu der Schlußfolgerung kommen, daß die öffentliche Kontrolle der Finanzierung der Parteien zu den Spielregeln der Demokratie gehören müßte. Solange die Privatunternehmen und ihre Interessenverbände unkontrolliert Parteien finanzieren helfen, kann man von den Gewerkschaften nicht verlangen, daß sie darauf verzichten, direkt oder indirekt, moralisch oder finanziell solche Parteien zu unterstützen, die ihre Zielsetzungen mehr oder weniger teilen, auch und gerade dann, wenn die Gewerkschaften sich darauf beschränken sollten, einseitig die Interessen der bei ihnen Organisierten zu vertreten.

Aber wäre es für unsere Sozialordnung überhaupt gut, wenn die Gewerkschaften sich auf einen Interessenkampf zurückzögen? Wäre es nicht sehr viel besser, wenn sie sich noch stärker als bisher verpflichtet fühlten, dem sozialen Ausgleich und dem Gemeinwohl zu dienen? Geraten wir nicht sonst in einen wirtschaftlichen Machtkampf und in einen Gruppenanarchismus, der soziales Chaos und keine soziale Ordnung bedeutet?

Die Politik der amerikanischen Gewerkschaften als Muster zu empfehlen, wäre sehr gefährlich. Die Produktivität und expansive Elastizität der Wirtschaft gestattet in den USA. eine viel robustere Ge-

werkschaftspolitik als bei uns. Die geringeren wirtschaftlichen Möglichkeiten in Deutschland zwingen hier zu einer stärkeren Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich und organisatorisch schwachen Berufsschichten, da eine rigoröse Lohnpolitik starker Gewerkschaften bei uns allzu leicht zu einer preislichen Überwälzung der erhöhten Lohnkosten auf die Schultern der bereits Zukurzgekommenen führen kann. Was bei unseren Gewerkschaften heute u. a. nottut, ist, daß sie stärker als bisher ihr Augenmerk auf die Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppe der Lohn-, Gehalts- und Rentenempfänger richten und es nicht ausschließlich der Stärke und Initiative der einzelnen Gewerkschaften überlassen, wie sich die von ihnen Vertretenen einkommenspolitisch arrangieren. Ein solches Ziel ist nicht vereinbar mit einem Rückzug der Gewerkschaften auf bloße Interessenvertretung, die fast ausschließlich in den Händen der einzelnen Industriegewerkschaften liegen würde.

Wer etwa hofft, daß ein solcher „Rückzug“ mit einer stärkeren Distanzierung von alten marxistischen Klassenkampfvorstellungen verbunden sein müßte, begeht einen gefährlichen Irrtum. Gerade die alten vom Marxismus herkommenden Gewerkschafter neigen

heute mehr als alle anderen dazu, sich auf eine einseitige Interessen- und Lohnpolitik beschränken zu wollen. Zum Teil liegt das daran, daß sie nach wie vor glauben, in einem rein kapitalistischen Wirtschaftssystem zu stehen, z. T. erwächst diese Neigung bei ihnen aus dem Gefühl, den aus einer ordnungspolitischen Mitverantwortung entstehenden Aufgaben persönlich nicht gewachsen zu sein. Drängt man die Gewerkschaften also aus der wirtschafts- und sozialpolitischen Mitverantwortung hinaus, anstatt sie stärker hineinzuziehen, dann stärkt man gerade diejenigen Gewerkschafter, die wegen mangelnder Sachkenntnis zu einem verkrampften ideologischen Extremismus neigen.

Unter diesem Aspekt sollte man auch die Mitbestimmungsforderung sehen. Sie zwingt die Gewerkschaften zur Mitverantwortung, und sie zwingt ihre Vertreter damit, sich die erforderlichen Sachkenntnisse anzueignen. Das ist heute den meisten Gewerkschaftsfunktionären klar geworden. Viele (auch unter den führenden Funktionären) möchten nur allzu gerne in der Mitbestimmungsfrage den Rückmarsch antreten, wenn das ohne Prestigeverlust möglich wäre. Weder im Interesse der Gewerkschaften noch im Interesse des sozialen Fortschritts wäre das aber wünschenswert. (1b)

## Gewerkschaften und Politik in Großbritannien

Seit dem Kriege hat sich manches an der Strategie und Taktik der englischen Gewerkschaften geändert — mit welchem Erfolg, das zeigt die reibungslose Zusammenarbeit mit der aus den letzten Parlamentswahlen hervorgegangenen konservativen Regierung. Die englischen Gewerkschaften sind seit langem mehr als eine wirtschaftliche oder politische Interessenvertretung. Trotz ihrer engen Bindungen an die Arbeiterpartei (auf deren Kongressen die Blockstim-

men der großen Gewerkschaften die kleineren Ortsgruppenvertretungen der eigentlichen Mitglieder über-tönen) betrachten sich die Gewerkschaften als überparteiliche Arbeitnehmerorganisationen, die sich von niemand ihre Ansichten vorschreiben lassen. Ihre politischen Interessen — und Meinungsäußerungen — erstrecken sich über ein weites Feld: vom schädlichen Einfluß von Sensationsfilmen bis zur Behandlung von Kriegsgefangenen in Korea, von Erziehungsmöglichkeiten

für rückständige Kinder bis zum Unfallschutz im Straßenverkehr. Und ihren Ansichten wird von beiden politischen Parteien die größte Beachtung geschenkt. Die Namen führender Gewerkschaftler erscheinen auf britischen Ordenslisten, und ihre Vertreter sitzen gleichberechtigt in den Aufsichtsräten von Staatsunternehmen (aber nicht von Privatgesellschaften).

Als verantwortungsbewußte Sozialpartner haben sich die englischen Gewerkschaften bereitwillig genug Beschränkungen im Gebrauch ihrer radikalsten Machtmittel unterworfen. Die Streikwaffe wird von ihnen — und den meisten englischen Arbeitern — als im Grunde überflüssig und im Zeitalter der Vollbeschäftigung unverantwortlich verschwenderisch abgelehnt und nur als psychologisches Druckmittel beibehalten, um der an sich bei weitem vorzuziehenden Methode von Verhandlung und — nötigenfalls — Schiedsspruch Nachdruck zu verleihen. Gerade hier hat sich aber letzthin ein Dilemma ergeben. Nicht alle Gewerkschaftler stimmen mit den durch Erfolg und Erfahrung geläuterten Meinungen ihrer Führer überein. Nicht alle Gewerkschaften teilen die aufs Ganze bedachten Wünsche der großen Millionenorganisationen. Und so hat es denn in den letzten Monaten eine Reihe eng begrenzter, aber treffsicher angesetzter und deshalb teilweise nicht erfolgloser Ausstände von schwer ersetzbaren Spezialarbeitern gegeben, die eine ihren geringen Umfang weit übertreffende Wirkung auf das Wirtschaftsleben ausübten. So streikten z. B. plötzlich die Elektriker vor Eröffnung der diesjährigen Rundfunkmesse — und zwar nur die in den Ausstellungshallen beschäftigten Arbeiter — mit dem Resultat, daß die Ausstellungsstände nicht rechtzeitig fertig wurden. Ein ähnlich begrenzter Ausstand mit weitreichender Wirkung wurde von einer Gruppe von Lokomotivführern inszeniert, wodurch der Eisenbahnverkehr vorübergehend ernst-

lich beeinträchtigt wurde. Schließlich streikten vor kurzem die Tankwagenfahrer in London, so daß die Regierung Armeefahrer einsetzen mußte, um einen völligen Stillstand des Kraftverkehrs in der Hauptstadt zu verhindern.

Ob diese Streiks von extremen Gruppen provoziert wurden oder auf begründete Beschwerden der betroffenen Arbeiter zurückzuführen sind, ist im Grunde genommen gleichgültig. Sie werden von verantwortlichen Gewerkschaftlern abgelehnt, solange nicht alle Mittel der Arbeitskonfliktlösung erschöpft sind, und haben in der Öffentlichkeit begreiflicherweise Zweifel an der Verantwortungsbereitschaft kleinerer Gewerkschaftsgruppen, den Führerqualitäten der leitenden Gewerkschaftler und der Zweckmäßigkeit der bestehenden reichlich zentralisierten Organisationsformen in der Gewerkschaftsbewegung ausgelöst. Diese Zweifel werden natürlich keineswegs dadurch beschwichtigt, daß mehrere Gewerkschaftsführer der zweiten Garnitur bekanntermaßen in der — als politischer Faktor völlig unbedeutenden — Kommunistischen Partei Großbritanniens eine Rolle spielen, während andererseits einige der mächtigsten und angesehensten Gewerkschaftsführer innerhalb der Arbeiterpartei, deren rechtem Flügel sie angehören, scharf angegriffen werden. Solch politische Kritik ist natürlich unvermeidlich und durchaus berechtigt, solange Gewerkschaftler politische Ansichten haben und vertreten. Fraglich ist aber, ob es für die Gewerkschaften oder das Wirtschaftsleben im ganzen tragbar wäre, wenn solche politisch orientierten Kämpfe innerhalb der Gewerkschaften durchgeführt würden, womöglich sogar mit Mitteln, die man ursprünglich nur zur Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen anwandte und duldete.

Die große Mehrzahl der Gewerkschaftler hat klare Ansichten über diese Frage. Ihrer Meinung nach gehören starke und unabhängige Gewerkschaften zu den wich-

tigsten Erfordernissen wahrer Demokratie, nicht zuletzt, um persönlichen Machtbestrebungen einzelner Männer Einhalt zu gebieten; wahre Demokratie erfordert aber auch Mäßigung. In der Frage der Verstaatlichung der Wirtschaft haben die Gewerkschaften in den letzten Jahren nüchterner zu denken gelernt. Die Verstaatlichung begrenzter Industriezweige ist Teil der positiven Politik der Mitte, die die englischen Gewerkschaften als ihre Lösung des Konflikts zwischen Kapitalismus und Kommunismus ansehen. Das hält sie aber nicht davon ab, bei der Rückführung verstaatlichter Unternehmen in Privateigentum mitzuwirken, wenn die Reprivatisierung auf konstitutionelle Weise zustande kommt. Auch hinsichtlich der Anwendung besonderer Verfahren zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität sind die Gewerkschaften den Ansichten des fortschrittlichen Unternehmertums in den letzten Jahren nähergerückt; beide unterstützen das Streben nach erhöhter Arbeitsproduktivität durch Mechanisierung und Rationalisierung und stimmen überein, daß die Früchte intensiverer Arbeitsanstrengungen und -methoden beiden Sozialpartnern gleichermaßen zugute kommen müssen und können.

Trotz Kritik einer Minderheit auf dem linken Flügel der Arbeiterpartei und kommunistischer Versuche, Zwiespalt und Mißtrauen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und ihren Führern zu säen, hält die überwältigende Mehrzahl der englischen Gewerkschaftler auch nach Übergang der Regierungsgewalt auf die Konservativen an der Zielsetzung eines friedlichen, stetigen Ausgleichs wirtschaftlicher und sozialer Interessenunterschiede fest. Die relative Besserung der Lebens- und Einkommensverhältnisse der englischen Arbeiter gegenüber der Vorkriegszeit und auch im Vergleich zu anderen Ländern und die Minderung sozialer Spannungen scheinen dieser Politik Recht zu geben. (A.)

---

**Bezugspreise für den WIRTSCHAFTSDIENST:** Einzelpreis: DM 3,50, vierteljährlich DM 10,—, bei gemeinsamem Bezug mit „Weltkartei der Wirtschaftspresse“ oder mit „Bibliographie der Wirtschaftspresse“ vierteljährlich DM 36,—. Zu beziehen vom Verlag Weltarchiv GmbH., Hamburg 36, Poststr. 11, oder durch den Buchhandel